

7 Fragestunde

Beginn Fragestunde: 12.22 Uhr.

7.1 Frage 1: Leerstandserhebung (GR KO Dreisiebner, Grüne an StR Dr. Riegler, ÖVP)

GR KO Dreisiebner:

Auch von meiner Seite den jungen Müttern, Anna Hopper zum ersten Mal und Manuela Wutte zum dritten Mal, alles Gute. Sehr geehrte Damen und Herren auf der Zuschauergalerie, am Livestream, werte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Stadtrat Riegler, lieber Günter. Vor circa zehn Tagen, am 10. März, gab es einen Artikel in der Wochenzeitung "Der Grazer", der offenbar als Reaktion von dir lanciert worden ist und auf die entsprechende Studie des Beratungsunternehmens "Standort und Markt" sowie des österreichischen Handelsverbandes reflektiert hat, wonach in der Grazer Innenstadt, vergleichsweise, sehr gut zu vielen anderen Einkaufsstraßen und Einkaufszentren, der Leerstand aktuell bei 3,2% im Bereich der Handelsflächen festgestellt, beziehungsweise ausgewiesen worden ist, was uns eigentlich sehr freuen sollte. Deine Reaktion war als Wirtschafts- und Tourismusstadtrat wohl gemerkt, dass du gemeint hast, dass es im Neutorviertel, im Gegensatz zum Innenstadt-Leerstandsmaß von 3,2%, wörtlich so geschrieben, gilt das nicht so für das Neutorviertel. Hier beträgt die Leerstandsquote, laut Auskunft aus dem Büro von Wirtschaftsstadtrat Günter Riegler, satte 13%, Zitat des Zeitungsartikels Ende. Nun ist aber weder den Mitgliedern des Gemeinderates oder des Wirtschaftsausschusses und wohl auch nicht den Kolleginnen und Kollegen der Stadtregierung bekannt, wie diese Geschäftsleerstandserhebung bei Handelsflächen im Neutorviertel zustande

gekommen ist und da haben wir schon einmal ein gewisses Interesse in die Richtung. Deswegen die konkrete

Frage

an dich, werter Herr Stadtrat und Verantwortlicher für Wirtschaft und Tourismus, welche konkreten Ergebnisse hat die, von dir zitierte Leerstandserhebung im Neutorviertel bezüglich Anzahl der Geschäftslokale sowie des Flächenausmaßes im Vergleich zu früheren Erhebungen, insbesondere zu Erhebungen vor dem Start der Baustelle, für die Neutorlinie, das ist die Straßenbahn, erbracht. Ersuche ich dich um eine Antwort.

Originaltext der Frage:

Sehr geehrter Herr Wirtschaftsstadtrat Dr. Günter Riegler!

In der Ausgabe von „Der Grazer“ am 10. März d.J. ist ein Artikel mit der Überschrift „Leere Flächen im Neutorviertel“ erschienen, der offenbar auf eine Studie Bezug nimmt, die vom Beratungsunternehmen „Standort und Markt (S+M)“ und dem Österreichischen Handelsverbandes erstellt wurde. Mehrere Medien berichteten erst vor wenigen Wochen über die aktuelle „S+M“-Studie, die für den Standort Grazer Innenstadt nur 3,2 Prozent aktuellen Leerstand bei Handelsflächen ausweist. Dieses – auch im Vergleich zu anderen Städten und großen Einkaufsstraßen - doch recht erfreuliche Ergebnis hat sowohl bei Stakeholdern wie auch in der Politik zu vorwiegend positiven Reaktionen geführt.

10. MÄRZ 2024 www.grazer.at **graz** **derGrazler** 7

Leere Flächen im Neutorviertel

BRISANT. Die Grazer Innenstadt weist laut aktueller Untersuchung eine recht geringe Leerstandsquote von nur 3,2 Prozent aus. Im Neutorviertel hingegen steht jede achte Geschäftsfläche (13 Prozent) leer.

Von **Tobit Schweighofer**
tobit.schweighofer@grazer.at

Das Beratungsunternehmen „Standort und Markt (S+M)“ hat gemeinsam mit dem Österreichischen Handelsverband eine Studie zum österreichischen Innenstadthandel durchgeführt. Die Grazer Innenstadt ist mit einer Leerstandsquote von nur 3,2 Prozent dabei auffallend gut weggekommen. Dies gilt allerdings nicht so sehr für das Neutorviertel: Hier beträgt die Leerstandsquote laut Auskunft aus dem Büro von Wirtschaftsstadtrat **Günter Riegler** satte 13 Prozent. Für Riegler selbst ein klares Signal dafür, dass sich die Baustelle negativ auf die Unternehmen auswirkt. Abermals kritisiert er Vizebürger-

meisterin **Judith Schwentner**: „Das Baustellenmanagement der grünen Vizebürgermeisterin war bisher leider alles andere als optimal, und die Arbeiten sind noch lange nicht abgeschlossen.“ Riegler drängt darum weiter auf Maßnahmen: „Ich habe mich bekanntlich sehr dafür eingesetzt, dass die von der Baustelle betroffenen Betriebe mit ihren Mitarbeitern in dieser schwierigen Zeit unterstützt werden. Die Grazer VP hat sich mit ihrer Forderung nach einer Ausweitung der Baustellenförderung erfreulicherweise durchgesetzt. Das reicht aber nicht - es bräuchte zusätzliche Maßnahmen: z.B. eine Offi-Freifahrt an Einkaufsamtagen, vergünstigte Parktickets für Kunden sowie weitere Werbemaßnahmen.“



Wirtschaftsstadtrat Günter Riegler (kl. Bild) vermutet, dass die Innenstadtbaustelle und die Kommunikation darüber schuld am Neutor-Leerstand sind.

In dem eingangs erwähnten Artikel wirst du, Herr Wirtschafts- und Tourismusstadtrat, jedoch mit einer Aussage zitiert, die mich und wohl auch andere irritiert hat bzw. manche sogar recht ratlos zurücklässt. Deine Auskünfte gegenüber dem Redakteur von „Der Grazer“ werden im Artikel wie folgt zusammengefasst: Dies [Anm.: die Leerstände im Ausmaß von 3,2 Prozent] gilt allerdings nicht so sehr für das Neutorviertel: Hier beträgt die Leerstandsquote laut Auskunft aus dem Büro von Wirtschaftsstadtrat Günter Riegler satte 13 Prozent.

Nun ist weder mir und meines Wissens auch nicht den Mitgliedern des Gemeinderats oder der Stadtregierung Näheres zum Zustandekommen dieser Leerstandserhebung bei Handelsflächen im Neutorviertel bekannt. Interessierte innerhalb und außerhalb des Grazer Gemeinderates, darunter auch jene, die sich mit der Wirtschaftsthematik intensiver befassen, wissen über den Zeitpunkt, die Erhebungsmethode, die aktuelle Datenlage und vergleichbare Erhebungsergebnisse nicht einmal ansatzweise Bescheid.

Um zu dieser Erhebung im Neutorviertel mehr Information mit dem Gemeinderat und der interessierten Grazer Öffentlichkeit zu teilen, darf ich daher folgende

Frage

an dich, sehr geehrter Herr Stadtrat, richten:

Welche konkreten Ergebnisse hat die von dir zitierte Leerstandserhebung im Neutorviertel bezüglich Anzahl der Geschäftslokale sowie des Flächenausmaßes im Vergleich zu früheren Erhebungen, insbesondere zu Erhebungen vor dem Start der Baustelle für die Neutorlinie, erbracht?

StR Riegler:

Danke Herr Klubobmann, lieber Karl. Ja, du hast das ja schon angekündigt über Facebook, dass du mich das heute fragen wirst. Danke schon für die Vorinformation, wir sind ja wirklich in einem ständigen Austausch für die Menschen da draußen. Ja Karl, wir müssen da überhaupt einmal jetzt reden. Ist gut, dass wir jetzt einmal Zeit haben ein bisschen darüber zu sprechen. Es ist halt so, du rückst ständig aus, wenn man deiner Stadtparteichefin da eben dann berechtigterweise Kritik vorwirft. Du redest dann immer von "schlechtreden", betätigt dich aber umgekehrt eher als Schönredner dessen, was in den letzten 24 Monaten passiert ist. Ich möchte dir sagen, meine Aufgabe Karl, ist es nicht, eure Fehlentscheidungen beim Baustilmanagement, sozusagen, schönzureden. Denn Tatsache ist, ich bin bei den Firmen draußen, tagtäglich, auch heute wieder. Und ich spreche mit den Vertreterinnen und Vertreter dieser Firmen und die beklagen sich alle, die sagen alle das Gleiche. Das mag jetzt vielleicht aus eurer Sicht, aus eurer Koalitionären Sicht, was sich hauptsächlich ums Soziale und um soziale Wohltaten geht, vielleicht nicht so wichtig sein und das geht ja immer gegen Reiche, vielleicht glaubt ihr, dass alle Unternehmer reich sind. Aber Tatsache ist, dass viele, viele Unternehmen Querbeet, Handel, Gastronomie, körpernahe Dienstleistungen, zum Teil Umsatzrückgänge von 20-30% gemeldet haben und auch weiterhin melden, solange die Baustelle andauert. Weswegen ihr die Verantwortung dafür übernehmen müsst, dass ihr zwei Mal ein

Baustellenförderungspaket, das wir geschnürt haben, das wir hier in diesem Gemeinderat als dringlichen Antrag eingebracht haben, dass ihr das abgewürgt hat. Damit müsst ihr halt leben. Ich kann da ganz genau sagen, es gibt eine ganze Reihe von Firmen, die es nicht mehr gibt, die vorher da waren. Zu einem Beispiel möchte ich herausgreifen. "Star Travel" in der Raubergasse ist ein Unternehmen, das jetzt ersetzt wurde durch ein Auslieferungslager, eines der drei großen Radl-Botendienste. Im Übrigen ist auch das ein Problem. Wir erleben nämlich momentan auch einen Qualitätsdrift ins Negative. Weil, es ist ein Unterschied, ob ein Unternehmen ein Reisebüro zusperrt oder ob dann halt ein Auslieferungslager von Foodora oder Lieferando oder anderen Radboten. Und die sind justament zufälligerweise alle im Neutorviertel angesiedelt. Wenn die also sich da ansiedeln, qualitätsvolle Besiedelung ist das nicht. Und die ist natürlich ein Reflex darauf, dass durch das Ausziehen von Unternehmen, die untergegangen sind, halt leider Gottes, dann die Mieten nachgeben und wenn die Mieten nachgeben, dann kann es halt sein, dass dann halt statt eines Geschäftes, eines Handelsunternehmens, dass ihr nicht fördern wolltet, dass man deshalb dann halt ein Auslieferungslager hat. Ich setze fort: "Deckagramm", sicherlich nicht in Verdacht stehend jetzt irgendein böser internationaler Konzern gewesen zu sein. "Engel & Völker" ist abgezogen, weil sie sagen, es ist für ihre Kunden völlig unmöglich dort irgendwo noch stehen zu bleiben. Und es gab auch keine Perspektive. Das zum Thema Parkplätze eliminieren. Wir werden ja heute sicher noch drüber reden können, was die Frau Vizebürgermeisterin so alles vor hat in Gegenden wie dem Uni-Viertel oder dem Maiffredygassen-Viertel. "Art & Fashion Team" am Joanneumring, das Restaurant OHO! im Joanneumsviertel gehört zur Neutorgasse, zum Neutorviertel, die "Herz-Autovermietung" und so weiter, und so weiter. Das sind lauter Betriebe, die leider Gottes, mag sein, in einem oder anderen Fall, dass das halt Zufälligkeiten sind, die zusammenspielen, aber die leider dazu führen, dass es tatsächlich im Neutorviertel ein erhöhtes Leerstandsrisiko gibt. Und daher möchte ich da schon sagen, also lancieren tue ich gar nichts, nein. Also die Studie wird jedes Jahr in Auftrag gegeben

oder glaube ich jedes zweite Jahr ist es. Da bekommen wir die Daten und da wird von mir nichts lanciert, sondern wir haben schon nach wie vor, Gott sei Dank, einen freien, kritischen Journalismus in Österreich, wo Journalisten frei und kritisch in ihren Redaktionen entscheiden können, welche Geschichten sie schreiben. Also nein, Karl, die Geschichte ist nicht erfunden, nein, es gibt nichts schönzureden, sondern ja, es ist leider so, dass im Neutorviertel die Leerstandsquote höher ist als im Rest der Innenstadt. Und deswegen trage ich auch sehr gerne viel Verantwortung dafür, dass wir auch wiederholt und immer wieder uns bemühen, dass ihr uns endlich einmal die Mittel und die Ressourcen gibt, dass wir eben die Innenstadt besser bespielen können.

GR KO Dreisiebner:

Ich weiß nicht, Frau Bürgermeisterin, was machen wir mit jemanden, der auf der Stadtregierungsbank sitzt und einfach die Frage nicht beantwortet? Weil die Frage hat sehr klar gelautet, wie die Leerstände, beziehungsweise die Flächen, die leer stehen im Vergleich zu früheren Erhebungen, insbesondere zu Erhebungen vor dem Start der Baustelle, der Neutorlinie gewesen ist. Darauf habe ich nichts gehört, ich habe ein paar Beispiele gehört, aber ich muss mich natürlich, das weiß ich, zufrieden geben, beziehungsweise zur Kenntnis nehmen, zufrieden geben kann ich mich nicht. Zum Einen, damit ich es nicht vergesse: die Baustellenförderung, die Graz leistet mit 10.000 Euro: 50% der Mieten und Mietnebenkosten, 10.000 Euro im Maximum etwa für die Betriebe im Neutorviertel. Die ist die höchste in ganz Österreich, wenn ich Wien nicht als Stadt, sondern als Bundesland wahrnehmen. Meines Wissens gibt es in mehreren ÖVP-geführten Städten keine Baustellenförderung, wir haben das. Ja, wir wissen, dass es Umsatzrückgänge gibt, ja. Wir wissen, dass es grundsätzliche Themen und Probleme gibt, in etwa, dass der Handel sich grundsätzlich wandelt. Auch die Zustellung aus der Gastronomie ist ein Thema. Es wird heute im Internet bestellt, und zwar sowohl Mode als auch andere Bedarfsartikel, wie eben auch das Essen. Und nicht mehr alle gehen

irgendwohin zum Essen oder zum Einkaufen. Das ist leider so. Und trotzdem hat die Innenstadt sehr gute Taten. Das Weitere ist: es gibt einige Leerstandslokale, ich habe mir das nämlich auch angeschaut, die in der Neubaugasse saniert und renoviert werden, etwa das "Merkur"-Gebäude. Es ist das von dir erwähnte OHO!, jetzt mittlerweile mit dem PEP besetzt und so geht es fort. Also es ist nicht so, dass es neben einem gewissen Wechsel und Austausch von Lokalen hier einen Trend, und das werfe ich ja nicht den freien Medien vor, sondern das werfe ich den Stadtrat für Wirtschaft und Tourismus vor, es gibt einen Trend, dass es Wechsel gibt, aber keinen Trend, dass es mehr Leerstand gibt. Im Übrigen der meiste und der größte Leerstand ist in der Radetzkystraße und am Joanneumring. Na ja, nachdem du mir auf meine Frage keine Antwort gegeben hast, muss ich schon ein bisschen ausführen. Des Weiteren hat die städtische Webseite freielokale-graz.at, ganze zwei Lokale in Neutorviertel gelistet. Offenbar ist der Leerstand anderweitig behebbar, beziehungsweise geht das anderweitig gut weiter. Meine Frage an dich werter Herr Stadtrat ist nicht, dass du die freien Medien nicht informieren sollst, aber glaubst du in irgendeiner Form nicht, dass es nicht zu deiner Agenda gehört, permanent, eine gewisse Schlechtigkeit, eine gewisse Droh- oder auch Trauerbotschaft über den Standort zu verbreiten. Und ich frage dich ganz ernsthaft, wie können wir dir eine Hilfe geben, dass du in dieser Form an Wirtschaftsstandort und an positiver Entwicklung arbeitest, bei aller Kritik, die jeder und jedem erlaubt ist.

StR Riegler:

Gut, dass wir am Schluss nach zu einer Frage gekommen sind. Also wie kannst du mir Hilfe geben? Das habe ich dir schon beantwortet, in mehrfacher Hinsicht, immer wieder. Wir bringen immer wieder dringliche Anträge ein, mit dem Ziel, Baustellenförderungen, Initiativförderungen zu erhöhen. Wir haben vorgeschlagen, dass wir zum Beispiel während der Baustellenphase die Straßenbahn vom

Hauptbahnhof in die Innenstadt gratis machen, dass wir eine zusätzliche Kampagne schalten, in der wir eben die Leute einladen, dass sie in die Stadt hereinkommen, anstatt dessen, was die Frau Vizebürgermeisterin macht, nämlich den Leuten über die Medien mitzuteilen, dass sie möglichst die Innenstadt meiden sollen. Bitte kommt nicht in die Innenstadt. Also genau damit kannst du uns helfen. Und ja, im Übrigen, es ist tatsächlich so, ich bemühe mich tagesin, tagaus, dass ich, das habe ich eh schon gesagt, bei den Unternehmern bin. Ich war gerade heute Vormittag bei einem Unternehmen, das auch sehr stark von der Baustelle getroffen ist. Und ich finde es halt sehr traurig, wenn du offensichtlich politisches Kleingeld dahingehend machen zu müssen glaubst, in dem du jetzt irgendwie alles kleinredest, was es an wirtschaftlichen Herausforderungen für Unternehmen gibt. Bitteschön, wenn das dein Rezept ist für die Zusammenarbeit, bitte gerne.

GR KO Dreisiebner (zur tatsächlichen Berichtigung):

Ich behaupte, habe mich auch rückgesprachen: Vizebürgermeisterin Judith Schwentner hat niemals gesagt, man möge die Innenstadt meiden, sollte das doch der Fall sein, werter Herr Stadtrat, bitte ich um entsprechenden Quellennachweis. Kannst auch nachliefern. Danke.

**7.2 Frage 2: Verkehrssituation Ruckerlberg
(GR KO Mag. Pascuttini, KFG an Bgm.ⁱⁿ Stv.ⁱⁿ Mag. Schwentner, Grüne)**

GR KO Pascuttini:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, hoher Stadtsenat, sehr geehrte Damen und Herren Gemeinderäte. Eingangs nur kurz zur Geschäftsordnung, weil ich das von Kollegen Dreisiebner gleich aufgreifen möchte, die Frage, ja, was tun wir mit den

Stadtsenatsmitgliedern, die die Fragen, Anträge, Initiativen nicht fristgerecht beantworten, da sollten wir wirklich einmal drüber sprechen. Finde ich gut, dass du das aufgeworfen hast. Das geht aber eher an deine Regierungskollegen als an die Opposition, weil ihr seid es meist mit den Anfragen, Anträgen über mehrere Monate hinweg säumig. Zum anderen, natürlich sollten wir uns überlegen, was machen wir mit den Redestellern, die da herausen stehen, die Redezeit maßlos überziehen, dann in der Fragestunde kaum Fragen drankommen und dann noch die Dreistigkeit besitzen, wenn der Antwortgeber antwortet, da irgendwo herum zu geben, nach vorne, nach hinten zur Frau Vizebürgermeisterin und dergleichen. So was recht mich auf. Damit man,...nein, danke, der, Manfred hat mich wieder beruhigt. Wir können zur Frage übergehen, ist aber nicht weniger erregend. Die Verkehrssituation am Ruckerlberg, wir haben ja dort schon seit vielen, vielen Jahren wirklich ein Verkehrschaos. Ich sage, es ist dort ein drohender Verkehrsinfarkt. Man sollte wirklich gegenarbeiten, um Robert Hochner zu zitieren: „Die Rache des Journalisten ist ja bekanntlich das Archiv.“ Jetzt bin ich zwar kein Journalist, aber auch mir sei erlaubt, in den Zeitungen der vergangenen Jahre zu stöbern, wo ich dann einen Artikel gefunden habe, wo die Frau Vizebürgermeisterin Schwentner, damals noch recht jung im Amt, angekündigt hat, dass es schon eine Lösung gibt. Ich lese vor, aus dem Grazer 27. Mai 2022: "Demnächst sollte die Sache aber wieder ins Rollen kommen." Gut, sie hat die Wahrheit gesagt, der Verkehr ist ins Roll gekommen, aber ich glaube, das wollte sie nicht aussagen. Den die inzwischen für die Verkehrsagenden zuständige Vizebürgermeisterin Judith Schwentner versichert, dieses Areal prioritär zu behandeln. "Zur Thematik der Verkehrsberuhigung Rückenberg liegen sehr gute, teils aktualisierte Konzepte der Verkehrsplanung vor. Wir werden einen neuen Anlauf mit den Ämtern, den Bezirksvorstehern und Anrainern machen und sind gerade dabei, einen sehr zeitnahen Termin vor Ort zu organisieren." Jetzt muss ich dazu sagen, ich war in den letzten Wochen öfters dort habe dann auch mit einigen Leuten gesprochen und den Menschen dort ist weder der Termin bekannt, denn es da angeblich gegeben hat ich

möchte gerne wissen mit wem dieser Termin stattgefunden hat, noch ist irgendeine Verbesserung in den letzten ein bis zwei Jahren eingetreten. Wobei mit einem kleinen Nachsatz, jetzt werden zumindest Schilder aufgestellt, dass diese Verkehrsmaßnahmen, also Tempo 30-Beschränkung zukünftig eingehalten wird. Das wird jetzt aufgestellt, das ist der erste kleine Schritt, aber scheinbar gibt es ja schon Konzepte, die in irgendeiner Schublade liegen. Zumindest sind sie am 27. Mai 2022 dort gelegen. Deswegen meine

Frage

an Sie, Frau Vizebürgermeisterin, welche konkreten und umsetzbaren Konzepte gibt es, um die Verkehrssituation, die zweifellos belastet ist, und schnellstmöglich verbessert werden muss am gesamten Rückenberg zu verbessern.

Originaltext der Frage:

Sehr geehrte Frau Bürgermeister- Stellvertreterin!

Eines der beliebtesten Wohngebiete in Graz ist zweifelsohne der Ruckerlberg mit all seinen Besonderheiten. Auf Grund dieser Beliebtheit kam es in den vergangenen Jahrzehnten naturgemäß zu verstärkter Bebauung, sodass das Straßennetz mit der gesamten Anrainerschaft „noch“ gut zurechtkommt, für die Überlastung des dortigen Straßennetzes zeichnet sich aber der Durchzugs- und Umfahungsverkehr verantwortlich.

Die Lage und Topographie freut nicht nur die Bewohner, sondern ist vor allem auch der Kerschhoferweg als zeitsparende Umfahrung vielen Pendlern bekannt und daher stark belastet. Sowohl regionale als auch überregionale Pendler versuchen – durchaus verständlich – die Elisabethstraße in Richtung LKH und umgekehrt zu umfahren. Besucht

man also den Kerschhoferweg an verschiedenen Tageszeiten, erlebt man immer dasselbe: nahezu keine Minute, ohne das ein Auto vorbeifährt.

Dieser Umstand des (drohenden) VERKEHRSINFARKTES am Ruckerlberg ist bereits seit Jahren bekannt, und hat sich bis dato doch kein zuständiges Stadtsenatsmitglied – welcher Farbe auch immer – dem Problem wirklich angenommen. Selbst nach einem beschlossenen Dringlichkeitsantrag im Dezember 2020 wurden keine Lösungsvorschläge (!) erarbeitet. Entgegen der damaligen Aussagen, geht es beim Ruckerlberg nicht primär um den Schutz einzelner Einfamilienhausbesitzer, sondern um den Schutz der Umwelt und Luftqualität für eine große Anzahl an Bewohner, die sich eine Lösung wirklich verdient haben.

In einem Artikel aus dem Mai 2022 ist zu entnehmen, dass es bereits zahlreiche Konzepte gäbe und Sie, Frau Vize-Bürgermeisterin, dieses Gebiet prioritär behandeln werden und zeitnah ein Termin mit Anrainern und Verantwortlichen stattfinden soll. Von einer Lösung scheint man jedoch nach wie vor weit entfernt zu sein, denn immer noch oder gerade wegen der Untätigkeit der letzten Jahre kommen immer mehr Bürger auf uns zu.

Aus diesem Grund ergeht an Sie, sehr geehrte Frau Bürgermeister-Stellvertreterin, namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs nachstehende

Anfrage

*gem. § 16a der GO des Gemeinderates
der Landeshauptstadt Graz:*

Welche konkreten und umsetzbaren Konzepte gibt es, um die Verkehrssituation - die zweifellos belastend ist und schnellstmöglich verbessert werden muss - am gesamten Ruckerlberg zu verbessern?

Bgm.ⁱⁿ Stv.ⁱⁿ **Schwentner**:

Danke Herr Gemeinderat, Herr Klubobmann für die Frage. Sie sprechen tatsächlich ein Sorgenkind des Verkehrs in der Stadt Graz an, das nicht nur mich beschäftigt in der Situation, sondern schon etliche Vorgänger und Vorgängerinnen vor mir. Also wenn sie noch weiter forschen in der Vergangenheit, dann werden sie noch viele Medienmeldungen dazu finden. Problem ist dort am Ruckerlberg das eine, dass es nicht nur eine Durchzugsverkehrsgegend ist, sondern, aufgrund der hohen Siedlungsaktivitäten, auch ein großer Anteil an Quell-Zielverkehr. Das große Problem, ich habe mich noch einmal erkundigt in unserer Verkehrsabteilung und bei den Zuständigen, dass wir dort ja nur wenige öffentliche Erschließungsstraßen haben und kaum Straßen, die durchgehen zum einen. Zum anderen gab es, wenn man auch weiter in die Vergangenheit schaut, noch keine Lösung bisher. Es hat sogar vor 20 Jahren ein großes Verkehrskonzept für den Ruckerlberg gegeben. Da hätte es ein Einbahnsystem über den ganzen Bereich geben sollen. Keines war konsensfähig unter den Beteiligten, den Anrainer:innen und den eingebundenen Bezirksräten und -rätinnen - das ist deswegen damals 2011 einfach abgelehnt worden. 2011 hat man dann weitere Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrssicherheit formuliert, einige davon sind umgesetzt worden. Und jetzt sozusagen zu meiner unmittelbaren Zuständigkeit 2023 wurde zumindest die lang geplante Haltestelle in der Rudolfstrasse möglich gemacht. 2023 ist die fußläufige Anbindung zur Volksschule Berlinerring, das ist wichtig für die Kinder, die in die Schule gehen und deren Sicherheit, mit einem Gehsteigausbau verbessert worden. Für die Rudolfstrasse haben wir auch einen großen, und das ist ja wichtig für alle, die die Situation kennen, eine fertige Gehsteigplanung, weil sie fragen, was ist fertig und möglicherweise in der Schublade, die geht dann vom Rungeweg bis zum Moelkweg. Das Problem ist dort nur, dass da eine massive kostenaufwendige Grundstückeinlöse erforderlich wäre und insgesamt, ja, ich gebe Ihnen recht, es ist wirklich ein neuralgischer Punkt und eine sehr, sehr schwierige Situation. Wie wir wissen, können wir in der Verkehrsplanung nie allen alles recht machen, aber eine

Situation dort braucht halt möglichst hohen Konsens. Was jetzt ist, ist, dass die Problematik auch in den Mobilitätsplan 2040 einfließt. Wir haben diese Woche, oder vergangene Woche haben die sehr guten und konstruktiven laufenden Bezirksdialoge begonnen und die Maßnahmen, die dort formuliert werden, werden in dieses Maßnahmenpaket eingearbeitet und dann hoffentlich bald zur Umsetzung führen. Wir haben sehr viele Baustellen im Verkehr, wie Sie wissen und das ist eine davon - ich gebe Ihnen Recht.

GR KO Pascuttini:

Jetzt würde es viele, viele Zusatzfragen geben, die mir einfallen würden. Würde jetzt natürlich gerne wieder darüber diskutieren, ob man dort vielleicht bei der einen, oder anderen Nebenstraße ein Fahrverbot, ausgenommen Anrainerverkehr, verordnen könnte, weil das ist ja defacto das schärfste Schwert, was die StVO hergibt, wenn man solche stark belasteten Straßenzüge hat, die dort einfach den Verkehr zumindest sehr reduzieren möchte. Aber da weigert sich die Stadt Graz aus unerklärlichen Gründen, immer wieder das vorzunehmen. Deswegen werde ich Sie das nicht fragen. Ich würde Sie jetzt fragen, wenn Sie von dem Mobilitätsplan 2040 sprechen und dieses Maßnahmenpaket, das kommt. Wann glauben Sie, werden die Anrainer dort erstmalig wirklich spüren, dass es jetzt Verbesserungen gibt? Ab wann werden diese Verbesserungen spürbar sein?

Bgm.ⁱⁿ Stv.ⁱⁿ Schwentner:

Das kann ich Ihnen so im Zeitplan nicht sagen. Wir haben den Mobilitätsplan 2040 und wie Sie wissen, haben wir in Bezug auf das Mobilitätsplan sehr viel vor, weil wir auch den gesamten Modal Split verändern wollen und auch den MIV. Was das vor Ort anbelangt ist: jetzt waren die Bezirke eingebunden, es wird dann die Bevölkerung

eingebunden werden und dann werden Maßnahmen formuliert. Die werden wir hoffentlich dann auch hier diskutieren und beschließen und dann wird ein Zeitplan erstellt, welche Maßnahmen bis in welchem Zeitraum umgesetzt werden. Das wird hier gemeinsam passieren, auch im Ausschuss werden entsprechende Informationen erfolgen, also sie sind bestmöglich eingebunden und Ideen sind auch willkommen.

7.3 Frage 3: Umstellung der Grazer Busflotte auf Elektro- und Wasserstoffantrieb (GR Mag. Pointner, NEOS an StR Eber, KPÖ)

GR Pointner:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, werte Stadtregierung, werte Kolleginnen und Kollegen, werte Bürgerinnen und Bürger, wo sie sich auch immer befinden mögen, online oder live hier. Meine Frage geht an den Stadtrat Eber, ist aber eigentlich für eine Team-Beantwortung geeignet, weil es eigentlich auch Umwelttagenden betrifft. Also ich bin auch gerne dankbar, wenn es hilfreich ist, dass die Frau Vizebürgermeisterin sich einbringt. Sie darf eh als Stadtregierungsmitglied immer das Wort ergreifen. Es geht um die Umstellung der Grazer Busflotte auf Elektro- und Wasserstoffantrieb. Und mich treibt die Frage eben deshalb um, weil wir schon einen sehr, sehr, sehr, sehr warmen Winter hinter uns haben und uns den Sommer schon wieder eigentlich vorstellen können. Wir haben schon tolle Klimaneutralitätsziele beschlossen auf 2030, 2040 und so weiter. Aber wir fahren immer noch mit Dieselbussen herum, sei es synthetischer Diesel oder halt noch fossiler Diesel. Wir haben zwei Testbusse herumfahren, einen mit E-Antrieb und einen mit Wasserstoffantrieb. Und wir haben Vorschriften, Richtlinien der EU, dass wir Neuanschaffungen sauber tätigen müssen. Da gehört leider noch synthetischer Diesel dazu, aber synthetischer Diesel ist nicht emissionsfrei. Emissionsfrei ist nur ein Verbrenner, der keine Luftschadstoffe ausstößt. Und das wird wahrscheinlich 2035 auf

uns zukommen. Das hat nämlich die Kommission jetzt schon beschlossen, dass alle neuen Stadtbusse ab 2035 emissionsfrei sein müssen. Also das ist ein Vorschlag der europäischen Kommission auf den wir uns auch einstellen können. In Graz haben wir bis jetzt auf das alles verzichtet. Wir verzichten auch auf nationale Förderungen bei der Umstellung unserer Busflotte. Wir tun das nicht. Und deshalb meine

Frage

an Sie, werter Herr Stadtrat, wann wird mit der Umstellung der Grazer Busflotte auf Elektro- und Wasserstoffantrieb voraussichtlich begonnen (um die Klimaziele zu erreichen)?

Originaltext der Frage:

Die Dekarbonisierung des Verkehrssektors ist für die Verwirklichung der EU-Klimaziele und damit auch der österreichischen Klimaziele von entscheidender Bedeutung. Am Weg dorthin wird insbesondere den öffentlichen Gebietskörperschaften eine entscheidende Rolle zuteil. Das Straßenfahrzeug-Beschaffungsgesetzes (SFBG) regelt dabei die nationale Umsetzung der entsprechenden EU-Richtlinie - der Clean Vehicle Directive (CVD), die die verbindlichen Mindestziele für die Beschaffung von emissionsarmen und -freien PKWs sowie Nutzfahrzeugen vorgibt. Die Beschaffungsziele für Busse lauten dabei für den Zeitraum 2021 bis 2025: 45% und ab 2026: 65% „saubere“ Busse, wovon 50% davon Null-Emissionsfahrzeuge sein müssen. Als „sauber“ gilt ein Fahrzeug laut CVD-Definition dann, wenn es durch Elektrizität, Wasserstoff, Gas, oder synthetischen Diesel betrieben wird. Hinzu kommt, dass nach neuestem Stand alle neuen Stadtbusse ab 2035 emissionsfrei sein müssten (<https://www.consilium.europa.eu/de/policies/clean-and-sustainable-mobility/>).

In Graz wurde die Umstellung der Busflotte auf E- und Wasserstoffantrieb Ende 2022 „auf Eis gelegt“, obwohl dafür auch Fördermittel in Aussicht gestellt wurden

(<https://www.kleinezeitung.at/steiermark/graz/bewegtestadt/6227253>). Über die Österreichische Forschungsförderungsgesellschaft (FFG) und dem Programm EBIN stellt das Klimaschutzministerium 250 Millionen Euro für emissionsfreie Busse und Infrastruktur aus Mitteln des EU-Aufbauplans "Next-Generation" bereit. Diese Förderung besteht aus nicht rückzahlbaren Investitionskostenzuschüssen von 80 % der Mehrkosten für die Anschaffung emissionsfreier Busse und 40 % der beihilfefähigen Investitionskosten für Infrastruktur (<https://www.ffg.at/EBIN>).

Die Stadt Wien ist - im Gegensatz zur Stadt Graz - ihren Weg in Richtung eines emissionsfreien Busverkehrs in den vergangenen Jahren konsequent weitergegangen und hat Anfang dieses Jahres die ersten Wasserstoffbusse bestellt (<https://www.wienerlinien.at/news/wasserstoffbusse>). Wann die Stadt Graz nachzieht und entsprechend der EU-Gesetzgebung die dringend notwendigen Investitionen in eine emissionsfreie Busflotte tätigt, ist unbekannt. Derzeit läuft noch ein Testbetrieb mit einem E- und einem Wasserstoffbus im Grazer Stadtgebiet (<https://www.holding-graz.at/de/e-bus-und-wasserstoff-bus-fahren-auf-graz-ab/>).

Aufgrund der Gesetze, aber auch der moralischen Verantwortung gegenüber den zukünftigen Generationen wird der Druck zur Umstellung der Grazer Busflotte auf Elektro- und Wasserstoffantrieb von Tag zu Tag größer und daher stelle ich namens der NEOS-Gemeinderatsfraktion gemäß § 16a der Geschäftsordnung für den Grazer Gemeinderat folgende

Frage

an Stadtrat Manfred Eber:

Wann wird mit der Umstellung der Grazer Busflotte auf Elektro- und Wasserstoffantrieb voraussichtlich begonnen?

StR Eber:

Ja, danke, lieber Kollege Gemeinderat Pointner. Zunächst darf ich Ihnen natürlich versichern, dass die Frau Vizebürgermeisterin, als für Umweltfragen- und Verkehrsfragenzuständige und ich da natürlich auch in enger Abstimmung immer operieren und von daher gibt es da auch keine widersprüchlichen Aussagen von uns. Ich kann also aber um die Frage zu beantworten mitteilen, dass sich die Graz Linien natürlich schon seit Jahren mit neuen Technologien beschäftigen, die eben diese Dieselbusse in Zukunft dann auch ersetzen werden. Dazu waren ja bereits zahlreiche Testfahrzeuge von verschiedenen Herstellern in Graz und in einem mehrwöchigen Testeinsatz auf unseren Straßen unterwegs. Mit geförderten Projekten werden, die zur Verfügung stehenden Technologien auf wissenschaftlicher Basis verglichen und das gemeinsam mit über zehn Projektpartnern. Das Projekt move2zero wird Ende April 2024 abgeschlossen. Parallel dazu zu den Tests mit Autobussen, haben auch technische Vorplanungen für einen neuen Autobusbetriebshof in der Hedwig-Katschinkastraße begonnen und ebenfalls erforderliche Um- und Ausbauten für das Buscenter in der Kärntner Straße, werden natürlich die Infrastruktur bei diesen neuen Technologien auch eine ganz entscheidende Rolle spielt. Auch bei den Fördermöglichkeiten über EBIN haben sich die Graz Linien engagiert und den Ankauf von zwei Gelenk- sowie zwei Solobussen mit Batterieelektrischen Antrieb eingereicht und auch eine Förderzusage erhalten. Diesbezüglich sind die Graz Linien in einem europaweiten Ausschreibungsverfahren auf der Suche nach den geeignetsten Lieferanten. Die Lieferung dieser vier Fahrzeuge ist für den Herbst 2025 geplant. Und mit diesen Schritten sind die Graz Linien auf die bevorstehende Dekarbonisierung vorbereitet. Für die weitere Vorgangsweise, was die Umrüstung anbelangt, möchte ich auf zwei Aspekte eingehen. Erstens auf Grundlage der bestehenden Lieferoptionen, die wir gezogen haben, werden die nächsten Bus-Beschaffungen vorerst in Form von Elektro-Hybrid Bussen abgewickelt. Damit sind die Holding Graz Linien konform im Hinblick auf das Straßenfahrzeugbeschaffungsgesetz und gewinnen damit auch Zeit,

um zu einem späteren Zeitpunkt ausgereifere und technisch stabilere Systeme beschaffen zu können. Und der zweite Aspekt, die der Konzern Holding Graz plant im Jahr 2024 rund 140 Millionen Euro in klimarelevante Maßnahmen zu investieren. Ausbau des öffentlichen Verkehrs, Ausbau der Fernwärmeanschlüsse, oder auch die Umsetzung des PV- Photovoltaik-Masterplans. Die finanziellen Ressourcen, aber auch die personellen Ressourcen, die für Planung und Umsetzung notwendig sind, sind natürlich auch begrenzt und die Holding Graz hat in enger Abstimmung mit dem Klimaschutzbeauftragten Thomas Drage und dem Umweltamt eine Priorisierung vorgenommen. Diese Priorisierung gewährleistet einen effizienten Ressourceneinsatz. Zur Umsetzung gelangen jene Maßnahmen zuerst, die die höchste Reduktionswirkung auf unseren CO₂-Haushalt entfalten. Deswegen werden wir in den nächsten zwei Jahren den Flughafen, den Ressourcenpark und hauseigene städtische Dachflächen mit größeren Photovoltaik-Anlagen umsetzen.

GR Pointner:

Dankeschön für den umfassenden Bericht, auch für die busferne Materien, weil PV-Bus und Flug-Bus wird es wohl nicht geben, nehme ich an. Aber schön, dass man sich umfassend Gedanken macht. Wir haben gesagt, 2040 ist die Stadt klimaneutral. Deshalb meine knackige Nachfrage, schaffen wir es wirklich, können wir es schaffen? Wollen wir es schaffen, dass bis 2040 eben kein Bus mehr herumfährt, der nicht emissionsfrei ist, der mit irgendeinem Dieselantrieb, sei es hybrid, sei es synthetisch oder so was, herumfährt, dass wir dann endlich emissionsfrei sind für unsere Kinder.

StR Eber:

Wir haben sehr klare und sehr ambitionierte Ziele bis 2040 das Haus Graz klimaneutral zu schaffen und selbstverständlich hoffen wir, dass wir auch alle Maßnahmen

umsetzen können, natürlich mit der Einschränkung immer bedacht, dass es personelle, finanzielle Ressourcen, Einschränkungen gibt, aber natürlich arbeiten wir darauf hin und wollen damit Graz auch tatsächlich klimaneutral machen.

**7.4 Frage 4: Umwandlung der oberen Neutorgasse zur Fahrradstraße
(GR Ing. Lohr, parteilos an Bgm.ⁱⁿ Stv.ⁱⁿ Mag. Schwentner, Grüne)**

GR Lohr:

Hoher Gemeinderat, sehr geehrte Zuhörer, sehr geehrte Frau Vizebürgermeister. Mit jüngsten Stadtsenatsbeschluss ist per Verordnung der Startschuss für die Umwandlung der oberen Neutorgasse gefallen. Diese liegt zwischen Murgasse und Andreas-Hofer-Platz und im April sollen für drei Wochen die Umbauarbeiten stattfinden. Diese werden drei Wochen dauern und nicht nur dadurch werden die rund 20 ansässigen Geschäfte und Lokale in Geschäftsbetrieb gestört sein. Es fehlen nach der Umgestaltung auch fast 30 PKW-Parkplätze. Versprochen wird lediglich, dass Behindertenstellplätze sowie Ladezonen bleiben sollen. Durch die Fahrradstraße wird für Kunden, die per KFZ in die Neutorgasse kommen möchten, das schnelle Einkauf unmöglich. Auch für Lieferanten wird die Zufahrt dann schwieriger. Deshalb geht die

Anfrage,

mit welchen Maßnahmen werden Sie die Nachteile für Unternehmer, die durch die Umwandlung der oberen Neutorgasse in eine Fahrradstraße erfolgen, kompensieren?

Originaltext der Frage:

Sehr geehrte Frau Bürgermeister-Stellvertreter!

Mit jüngstem Stadtsenatsbeschluss ist per Verordnung der Startschuss für die Umwandlung der oberen Neutorgasse (zwischen Murgasse und Andreas-Hofer-Platz) in eine Fahrradstraße erfolgt. Im April sollen drei Wochen lang die Umbauarbeiten stattfinden. Nicht nur dadurch werden die dort rund 20 ansässigen Geschäfte und Lokale im Geschäftsbetrieb gestört sein, es fehlen nach der Umgestaltung auch fast 30 PKW-Parkplätze. Versprochen wird lediglich, daß Behindertenstellplätze sowie Ladezonen bleiben sollen. Durch die Fahrradstraße wird für Kunden, die per KFZ in die Neutorgasse kommen möchten, der schnelle Einkauf verunmöglicht. Auch für Lieferanten wird die Zufahrt schwieriger. Es ergeht daher an Sie, sehr geehrte Frau Vizebürgermeister, nachstehende

Anfrage

*gem. § 16a der GO des Gemeinderates
der Landeshauptstadt Graz:*

Mit welchen Maßnahmen werden Sie die Nachteile für Unternehmer, die durch die Umwandlung der oberen Neutorgasse in eine Fahrradstraße erfolgen, kompensieren?

Bgm.ⁱⁿ Stv.ⁱⁿ **Schwentner:**

Das wird Sie jetzt wenig überraschen, dass ich die Vorteile als überwiegend sehe und nicht die Nachteile. Natürlich ist eine Baustelle eine Phase, die nicht angenehm ist. Aber ich kann Ihnen versichern, dass nach diesen drei Wochen in der oberen Neutorgasse, später dann noch in der ganzen Neutorgasse, alles schöner sein wird als vorher. Das wird eine wirklich massiv aufgewertete kurze Straße in der Altstadtzone mit Bäumen, Beeten, Sitzelementen, mit Radabstellplätzen und Stellplätzen für einspurige KFZs und insgesamt wirklich mit einer viel verbesserten Aufenthaltsqualität. Auch im Zuge dessen, wird das Franziskanerviertel, was sehr oft

auch ein Wunsch war, zur Fußgängerzone, so selbst das daneben liegende Viertel wird im Sinne der Gewerbetreibenden vor Ort aufgewertet. Und einstimmig, sozusagen auch war das, aber das war abgestimmt und deswegen möchte ich gerne auch ausholen zum Beteiligungsprozess. Vor Ort waren, die Bezirksvertretung, die Wirtschaftskammer, Anrainerinnen und Anrainer, Gewerbetreibende und ich eingebunden. Und sie waren in mehreren, ich kann es ihnen gerne auch aufzählen, in mehreren Sitzungen, Versammlungen und Terminen, auch in Einzelgesprächen eingebunden und deren Wünsche wurden in den Maßnahmen berücksichtigt. Dazu gehört, zum Beispiel, dass die Ladetätigkeiten ausgeweitet wurden, dass ein zusätzliches Parkverbot gemacht wurde, damit man kurz halten kann. Das Behindertenparken und -laden ist eben ermöglicht und ausgeweitet worden. In den Nachtstunden stehen diese Parkplätze den Anrainer:innen zur Verfügung. Wir haben den Ziel- und Quellverkehr für die Zufahrt zum Franziskanerviertel ermöglicht. Taxis dürfen zufahren und durchfahren. Die Anordnung von Bänken, Fahrradabstellplätzen und Gastgärten wurde quasi maßgeschneidert mit den Gewerbetreibenden vor Ort abgestimmt. Das heißt, sie freuen sich schon auf Gastgärten, auf Bankerln und andere Möglichkeiten. Wir haben zusätzliche Fahrradabstellplätze, circa 30 Stück und Stellplätze, eben für einspurige motorisierte Fahrzeuge, das bietet insgesamt neuen Platz für das Abstellen von 40 Fahrzeugen und damit für 40 neue Kundinnen und Kunden im Unterschied zu 20 Parkplätzen, wie es bisher war. Also es kommen ja Kunden und Kundinnen nicht nur mit dem Auto, sondern auch mit dem Fahrrad und zu Fuß und die kommen dann ja mit der Neutorlinie, mit der Straßenbahn, die können dort aussteigen und man merkt jetzt schon, dadurch, dass man behindert ist am Kai zu fahren wegen der Baustelle, wie viele Menschen jetzt mehr durch die obere Neutorgasse gehen und auch sehen, was es da an Lokalen gibt, an Geschäften, das wahrnehmen. Also ich habe es Geschäfte entdeckt, zum Beispiel persönlich, die habe ich vorher nicht gekannt, da gehe ich mittlerweile rein, da wäre ich vorher nicht

reingegangen. Das heißt, ich glaube, überzeugt oder zu Recht überzeugt davon zu sein, dass dieses ganze Viertel massiv aufgewertet sein wird, und wir freuen uns darauf.

GR Lohr:

Vielen Dank für die Beantwortung. Das ist natürlich wieder ihre einseitige Sichtweise. Auch ich bin durchgegangen, da habe ich dann zum Beispiel 28 Parkplätze gezählt. Also es ist sehr nachgefragt worden, weil die Leute transportieren halt hin und wieder was. Man darf auch nicht vergessen, es gibt ja auch Leute, die dort einen Arzt in der Nähe aufsuchen. Jetzt können sie dort vielleicht, wenn sie Glück haben, schnell einmal parken und ihren Arztbesuch machen, das ist alles nachher nicht das schöne Rendering, das Sie gezeigt haben, ja dann sehe ich halt dann hauptsächlich Fahrräder, ob das dann das Einzige ist, was diese Aufwertung ist. Aber es gibt ja nicht nur diese Fahrradstraße, wir haben in der Marburger Straße auch schon eine Fahrradstraße, da gibt es auch viel Kritik nicht nur beim Poller, sondern auch viele Leute finden den unnötig. Und daher komme ich zu meiner Zusatzfrage. Wenn sich Fahrradstraßen nicht bewähren, weil eben gravierende Probleme auftreten oder große Bevölkerungsteile im Bezirk dagegen sind, können Sie sich vorstellen, Fahrradstraßen auch wieder Rückbauen zu lassen?

Bgm.ⁱⁿ Stv.ⁱⁿ Schwentner:

Das kann ich mir vorstellen, wenn Sie sich nicht bewähren. Ich kenne mindestens so viele Stimmen wie die der Kritiker und Kritikerinnen, die halt sehr laut sind, die sich bei uns bedanken für die Fahrradstraße und die sehr happy sind. Gestern war erst der Anruf einer Anrainerin, die gemeint hat, es ist wunderschön dort, die genießen alle die Fahrradstraße in der Marburger Straße. Die erste Fahrradstraße, erste echte Fahrradstraße in Graz ist für manche gewöhnungsbedürftig. Wir evaluieren das

laufend, wir nehmen vor allem die Sorgen der umliegenden Straßen ernst. Es soll da zu keiner Verdrängung oder Vertreibung des Verkehrs in Seitenstraßen kommen. Wir arbeiten da an Maßnahmen. Die Fahrradstraße hat noch nicht einmal ihren ersten Frühling erlebt, das war jetzt Herbst und Winter, da fahren bekannterweise weniger Leute mit dem Fahrrad. Also geben wir der Fahrradstraße bitte noch einen Frühling. Dankeschön.

**7.5 Frage 5: Maiffredygasse
(GR Huber, ÖVP an Bgm.ⁱⁿ Stv.ⁱⁿ Mag. Schwentner, Grüne)**

GR Huber:

Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, meiner Frage beschäftigt sich mit dem geplanten Umbau in der Maiffredygasse und mit der Informationsveranstaltung, die ja letzte Woche stattgefunden hat, die ja durchaus für ein wenig Aufregung gesorgt hat, bei den Anrainerinnen und Anrainern. Und nach einigen Gesprächen, die ich da mit den Bewohnerinnen und Bewohnern geführt habe, nach dieser besagten Veranstaltung, kann ich Ihnen mitteilen, dass sich da viele vom geplanten Umbau überrumpelt fühlen und einen Stopp des geplanten Umbaus und eine umfassende Bürger:innenbeteiligung fordern. Und aus diesem Grund stelle ich an Sie, sehr geehrte Verkehrsstadträtin, folgende

Frage:

sind Sie bereit, denn für Juli geplanten Umbau in der Maiffredygasse auf unbestimmte Zeit zu verschieben, um das Ergebnis eines umfassenden Bürger:innenbeteiligungsprozesses in die Neuplanungen der Maiffredygasse einfließen zu lassen?

Originaltext der Frage:

Sehr geehrte Frau Stadträtin!

Aus gegebenem Anlass stelle ich an Sie, sehr geehrte Frau Verkehrsstadträtin Mag^a. Judith Schwentner, folgende

Frage:

„Sind Sie bereit, den für Juli geplanten Umbau der Maiffredygasse auf unbestimmte Zeit zu verschieben, um das Ergebnis eines umfassenden Bürger:innenbeteiligungsprozesses in die Neuplanungen der Maiffredygasse einfließen zu lassen?“

Bgm.ⁱⁿ Stv.ⁱⁿ **Schwentner:**

Werter Gemeinderat, auch mir ist die Bürger:innenveranstaltung, auch wenn ich persönlich nicht dort war, aus gesundheitlichen Gründen, nicht unbekannt. Wir haben das auch intensiv diskutiert, was da an Wünschen und Einwendungen gekommen ist. Ich möchte aber trotzdem an das eigentliche Projekt erinnern und das beantwortet auch Ihre Frage. Das ist unverschiebbar, weil es eigentlich ein Gleissanierungsprojekt ist und das aus technischer Sicht in der Holding dringend notwendig und nicht verschiebbar ist. Es geht da um die 190 Meter Sanierung des Gleisbogens ums Parkhotel und des Brückentragwerks über den dortigen Bach. Da geht es um Schall- und Erschütterungsdämmung und Schmieranlagen, und die werden auch dazu führen, dass es dort weniger Lärm und Erschütterungen gibt. Das ist das eine. Das zweite war ja auch viel moniert, dass da Parkplätze wegkommen. Die Parkplätze, die dort wegkommen, sind einzig und allein der StVO geschuldet. Sobald man einen Straßenzug angreift und neu gestaltet, greift die neue StVO, die bekannterweise Schrägparken neu regelt. Nämlich Autos, die in den Gehsteig hineinstehen und damit Menschen mit Behinderungen, mit Rollator, mit Kinderwagen und so weiter, behindern, nicht mehr

erlaubt sind. Dadurch sind einige Parkplätze weggekommen in der Gegend. Das, was sich sozusagen am Straßenraum dadurch verändert, haben wir jetzt genutzt, weil wir wollen keine Baustelle ungenutzt lassen und die Chancen ergreifen, dort auch Verbesserungen in Bezug auf Grünraum und Bäume, die wir in der ganzen Stadt brauchen und massiv setzen und wir wollen die nicht ungeachtet vorüberstreichen lassen. Deswegen haben wir dort die Chance ergriffen und zwischen den Querparkern, Längsparkern und den Möglichkeiten, die sich ergeben haben, kommen Grünstreifen und Bäume. Das ist sozusagen die Chance, die wir genutzt haben. Eine weitere Synergie, die wir nutzen, ist natürlich die Aufenthaltsqualität insgesamt zu verbessern, nicht nur durch die Bäume und den Grünraum, sondern es kommt ein Wasserspiel dort vorm Kindergarten, also ein kleiner Springbrunnen und das war insgesamt ein sehr ausgiebiger Prozess. Vielleicht noch zu Verkehrsführung. Ich finde es wichtig, dass ich das auch hier sage. Wir haben eine Pünktlichkeitsoffensive über die Holding, und das war auch im Kontrollgremium einstimmig beschlossen, der Wunsch, dass es zu einer neuen Verkehrsordnung kommt, damit die Straßenbahn nicht permanent in der Leonhardstraße behindert ist und zügig weiterkommt. Das ist auch wichtig für die Zukunft, wenn wir Straßenbahnen ankaufen und wenn wir den Siebzeher, der ja künftig durch die Neutorlinie fahren wird, einen stärkeren Takt und mehr Frequenz aufbringen, dann müssen wir sozusagen diese Pünktlichkeitsmaßnahmen setzen und es ermöglichen, dass die künftig bis zu 33.000 bis 46.000 Personen, die dann mit den Straßenbahnlinien unterwegs sind, auch wirklich pünktlich ankommen. Das sind jetzt schon doppelt so viele Leute, die in der Straßenbahn sitzen als im Auto sitzen und wir wollen, dass die Leute ja umsteigen in die Straßenbahnen und sie noch mehr nutzen. Also soweit auch zur Verkehrsführung, die nachvollziehbar als Wunsch von der Holding aus der Verkehrsabteilung eingebracht ist und die Fachlichkeit wir auch unterstützt haben. Zur Einbindung der Stakeholder vor Ort: es war im Oktober die Bezirksvertretung eingebunden und die am stärksten betroffene Unternehmer, Unternehmerinnen waren informiert, die WKO war intensiv eingebunden und hat die

Gespräche begleitet. Es hat Abstimmung mit der Kunst-UNI, dem Lichtenfelsgymnasium und weiteren Unternehmer und Unternehmerinnen gegeben. Und dann war diese Bezirksveranstaltung letzte Woche, da wurden einige Dinge moniert, wie gesagt, vor allem die Parkplätze, daran kann in nichts ändern, wegen der StVO. Andere Wünsche, schauen wir uns gerade gemeinsam mit den Abteilungen an und schauen inwieweit wir das eine oder andere noch berücksichtigen können. Also uninformiert war übrigens dort niemand. Es war auf der Homepage der Stadt Graz, 3.000 Folder hat es gegeben, die Holding Graz hat es auf der Vorhabensliste, es war zwei Mal in der BIG, zwei Mal in der Kleinen Zeitung, dreimal im Grazer. Also, wenn man dort wohnt, hätte man sich informieren können, das wissen können.

GR Huber:

Vielen Dank für die ausführliche Antwort. Ich glaube, das Hauptproblem bei dieser ganzen Geschichte ist eben die fehlende Bürgerbeteiligung, so wie es sich die Bevölkerung wünscht und erwartet von der Politik. Und weil wir heute eh einen dringlichen Antrag auch noch zu diesem Thema haben, würde ich Sie gerne fragen: sind Sie bereit, bei geplanten Umbaumaßnahmen, die zum Beispiel ganze Straßenzüge betreffen, wie in der Maiffredygasse, wie in der Marburger Straße in Zukunft verpflichtend einen Bürger:innenbeteiligungsprozess durchzuführen?

Bgm.ⁱⁿ Stv.ⁱⁿ Schwentner:

Ich bin immer bereit, dazulernen und die Dinge, die nicht gut funktionieren, auch anzuschauen. In dem Fall, was die Maiffredygassenveranstaltung anbelangt, haben wir das auch mit den Abteilungen vor, dass wir sozusagen schauen, was ist da nicht gut gelaufen. Insgesamt möchte ich aber verweisen, ich habe gerade die obere Neutorgasse erwähnt, in der vorgehenden Frage. Dort ist es hervorragend und perfekt

gelaufen, wir binden überall, maximal und bestmöglich die Anrainer:innen und Stakeholder aller Art ein. Das klappt manchmal besser, manchmal schlechter. Aber mir vorzuwerfen, ich würde kein Bürger:innendialog haben, also das ist unlauter und deswegen versuchen wir das überall zu machen. Das versuchen wir überall bestmöglich zu machen und ich kann Ihnen unzählige Beispiele nennen, wo wir den Bürger:innendialog machen. Und wie gesagt, wir lernen immer dazu. Und wenn wir es besser machen können, dann machen wir es gerne besser in Zukunft.

7.6 Frage 6: Erste Ergebnisse aus dem Förderprogramm 100 Schulen 1000 Chancen (GRⁱⁿ DIⁱⁿ Aygan-Romaner, Grüne an StR Hohensinner, MBA, ÖVP)

GRⁱⁿ Aygan-Romaner:

Sehr geehrte Gäste in der Galerie, im Livestream, liebe Kolleg:innen in der Stadtregierung, lieber Kurt. Vielleicht nur kurz die Hintergründe zu meiner Frage, auch für die Zuschauer:innen. Wie wir wissen, ist Bildung ganz, ganz wesentlich, ein wesentliches Instrument für die Lebensgestaltung, für die zukünftige Lebensgestaltung von den heutigen Kindern, die morgen Erwachsene, in der Zukunft Erwachsene sein werden. Und Bildung erhöht die Chancen auf gesellschaftliche Teilhabe und Gerechtigkeit und bildet damit das Fundament jeder Demokratie, unter anderem auch um auf den Austausch vorhin einzugehen, auch die Grundlage für Partizipation beziehungsweise das Wissen um Partizipation. Und ja, auf jeden Fall, die stärkste Grundlage für diese Bildungspolitik bildet unsere Bundesverfassung, die in Bezug auf Bildungschancengleichheit, also auch als Teilhabegerechtigkeit als Ziele nennt. Und das bedeutet, dass alle Kinder in allen Schulen die gleichen, gerechten Bildungschancen haben sollten und die Umstände und Umgebung diese Chancen gleichermaßen gewähren soll. Wenn das nicht möglich ist oder wenn das nicht gemacht werden kann, so sollen in einem Staat wie Österreich die Benachteiligungen ausgeglichen werden.

Das heißt, es gibt immer wieder Benachteiligungen, es gibt Chancenungleichheiten und da müssen wir einfach Maßnahmen setzen, um diese Chancenungleichheiten ausgleichen zu können. So wurde im März 2021 das Projekt "100 Schulen 1000 Chancen" ins Leben gerufen, um eben Schulen, die vor besonderen Herausforderungen stehen, einfach Mittel in die Hand zu geben, dass sie diese Herausforderungen bestmöglich eben ausgleichen können, beziehungsweise ein Pilotprojekt, dass man Maßnahmen entwickeln kann, auch auf andere Schulen ausrollen kann. In Graz haben 14 Schulen daran teilgenommen. Ich will auch nicht fragen, welche Schulen, weil das ist auch nicht zielführend zu wissen, welche Schulen das sind, aber auf jeden Fall wurden Maßnahmen ergriffen, beziehungsweise vorgeschlagen, in einem ersten Schritt, dass man eben bauliche Maßnahmen, personelle Maßnahmen, usw. treffen konnte. Und in diesem Analyseschritt, wurden eben die Maßnahmen festgelegt und auch teilweise umgesetzt. Die Durchführungszeiträume dürften unterschiedlich sein, es ist, glaube ich, bis 2025 angesetzt, dass man die Maßnahmen durchsetzen kann, maximal aber, laut Fördervereinbarung, aber bis 15. März spätestens, war der Zwischenbericht abzuliefern. Ich bin natürlich sehr daran interessiert, wie das Projekt läuft und welche Erkenntnisse bisher gewonnen wurden und welche Maßnahmen überall überhaupt gesetzt wurden. Daher an dich die folgende

Frage

welche Ergebnisse liegen denn schon in einem Zwischenbericht über das Projekt „100 Schulen 1000 Chancen“ für die teilnehmenden Grazer Pflichtschulen vor? Das würde mich sehr interessieren.

Originaltext der Frage:

Sehr geehrter Herr Stadtrat, lieber Kurt!

In einer hoch entwickelten Gesellschaft wie Österreich ist Bildung das wichtigste Instrument für die Lebensgestaltung. Sie erhöht die Chancen für gesellschaftliche Teilhabe und Chancengerechtigkeit und bildet damit das Fundament jeder Demokratie. Die stärkste Grundlage insbesondere für die Bildungspolitik bildet die österreichische Bundesverfassung, die in Bezug auf Bildung sowohl Chancengleichheit als auch Teilhabegerechtigkeit als Ziele nennt. Alle Kinder in allen Schulen sollten die gleichen und gerechten Bildungschancen haben und wenn die Umstände und die Umgebung diese Chancen nicht gleichermaßen gewähren können, so sollten in einem Staat wie Österreich die Benachteiligungen ausgeglichen werden.

Vor diesem Hintergrund wurde im März 2021 das Projekt „100 Schulen 1000 Chancen“, beschlossen, um Schulen mit vielen Herausforderungen Mittel zur Verfügung zu stellen, damit sie Maßnahmen ergreifen und die Chancengerechtigkeit an diesen Schulen erhöhen können. Im Oktober 2022 haben wir im Gemeinderat die Teilnahme an diesem Förderprogramm mit 14 Grazer Pflichtschulen beschlossen. Mit den Fördermitteln bekommen Schulen, die aufgrund sozioökonomischer Faktoren besondere Herausforderungen haben, zusätzliche finanzielle Mittel. Diese können sowohl für (externe) Dienstleistungen wie zusätzliche Lehrkräfte oder psychosoziale Unterstützung, als auch für Sachmittel und bauliche Maßnahmen wie beispielsweise neue Spielgeräte im Schulhof verwendet werden.

Die teilnehmenden Schulen haben in einem ersten Analyseschritt ihre Bedarfe und Maßnahmen festgelegt und vor allem 2023 Maßnahmen begonnen bzw. umgesetzt. Die jeweiligen Durchführungszeiträume dürften zwar je nach Schule unterschiedlich sein, aber ein erster Zwischenbericht sollte laut Fördervereinbarung schon seit einigen Wochen vorliegen. Ich bin sehr daran interessiert, wie das Projekt läuft, welche Erkenntnisse bisher gewonnen wurden und welche Maßnahmen weitergeführt werden müssen bzw. können.

Daher stelle ich an Dich folgende

Frage:

Welche Ergebnisse liegen mit dem Zwischenbericht über das Projekt „100 Schulen – 1000 Chancen“ für die teilnehmenden Grazer Pflichtschulen vor?

StR Hohensinner:

Liebe Frau Kollegin, das Projekt "100 Schulen 1000 Chancen" ist ein ganz wertvolles Projekt. Ich freue mich auch, dass das seinerzeit vom Heinz Faßmann initiiert wurde und von Martin Polaschek jetzt weitergeführt worden ist. Ich möchte nur sagen, ich glaube, dass da ein bisschen ein Missverständnis jetzt vorliegt. Das Projekt ist ja, und das hast du beschrieben, vom Bildungsministerium abgewickelt worden, unter Einbeziehung der Bildungsdirektionen. Es gibt in jedem Bundesland eine Bildungsdirektion. Wir sind quasi ausführend. Da gibt es einen Förderungsvertrag und du hast gesagt, bis 15. März hätte das jetzt vorgelegt werden müssen. Ich habe jetzt noch einmal ganz genau im Antrag nachgeschaut. Es ist genau vor einem Jahr quasi der Fall gewesen und nicht wir hätten einen Bericht vorgelegt bekommen müssen, sondern wir müssen dem Ministerium einen Bericht vorlegen, was wir auch gemacht haben. Da geht es aber jetzt vor allem um bauliche Fortschritte und über diese baulichen Fortschritte kann ich natürlich gerne einmal in einem Ausschuss berichten. Das ist kein Problem, das mache ich gern. Ich habe auch bei der Bildungsdirektion jetzt rückgefragt, das wird ja von denen in Wien auch begleitet, das ist ein Forschungsprojekt und Andrea Graf, das ist die pädagogische Verantwortliche der Bildungsdirektion, hat mir drei Punkte rückgemeldet. Das Projekt läuft, Gott sei Dank, sehr gut. Es hat sich ein eigenes Bildungsnetzwerk bereits gebildet und das Projekt wird auch verlängert. Also das ist für uns gut. Über Inhalte werde ich dir gerne berichten, aber ich glaube, dass du eben gemeint hast, dass vom Projekt insgesamt schon ein Zwischenbericht vorliegt. Da hast du einfach das Antragsstück vielleicht nicht

ganz richtig gelesen. Das ist doch schon ein Jahr her und da sind wir schon ein Stück weitergekommen.

GRⁱⁿ Aygan-Romaner:

Ich weiß, dass das ein Jahr her ist, weil ich genau vor einem Jahr meine Kollegin Manuela Wutte danach gefragt habe, und da hattest du keine Ergebnisse, beziehungsweise auch keine Antwort, außer dass das Projekt läuft. Also, es wäre schon interessant für uns, auch in der Stadt, wo wir doch auch bildungsbauliche Maßnahmen einfach ja auch mitbegleiten, beziehungsweise schon auch sehen wollen, welche Maßnahmen generell getroffen wurden. Wie das weitergeführt wird, was die Zwischenergebnisse sind. Also da würde ich mich schon sehr über konkrete, nicht so vage Antworten freuen. Also welche Maßnahmen genau, was soll die Chancengleichheit jetzt besser gewähren? Welche baulichen Maßnahmen genau getroffen wurden und vielleicht auch öffentlich und nicht nur im Ausschuss. Könntest du das liefern?

StR Hohensinner:

Du hast das auch in deinem Motivenbericht angesprochen. Öffentlich ist immer so eine Schwierigkeit, weil wir wollen ja nicht diese Schulen stigmatisieren, wo mehr Mittel investiert werden. Also von dem her, du hast ja gesagt, du möchtest es nicht so genau wissen. Deswegen ist das im Ausschuss, glaube ich, sehr gut aufgehoben. Und zu dem, dass du, oder deine Kollegin vor einem Jahr gefragt hat. Du hast den 15. März erwähnt und ich habe wirklich genau nachgeschaut. Es steht nämlich ein Zwischenbericht, der Stichtag 15. Jänner 2023 bis zum 15. März 2023, also das war schon vor einem Jahr, ja, von dem her. Ich werde gerne berichten im Ausschuss. Das ist glaube ich ein guter Weg und ich möchte einfach noch eine Bitte anschließen. Die Bildung beginnt nicht erst in

der Schule. Der Grundstein wird in den Kinderkrippen und in den Kindergärten gelegt. Ich bin froh, dass ich jetzt gegen die Ausführungen in der Budgetgemeinderatssitzung, dass der Hohensinner eh genügend Geld hat, jetzt doch drei Millionen Euro mehr eingestellt bekomme. Das beschließen wir heute über die Tagesordnung. Aber auch dieses Geld reicht nur, dass wir das, was besteht fortführen. Wenn wir wollen, dass wir ausreichend Kinderbetreuungsplätze bekommen, dann braucht es noch mehr finanzielle Mittel und da wird der Grundstein für die Bildung gelegt. Da müssen wir wirklich einen überparteilichen Schulterschluss hinlegen. Und ich möchte nur noch einmal anführen, gerade die KPÖ, von der erware ist mir ganz besonders, die noch vor drei Jahren auf die Straße gegangen ist und für mehr Geld in der Bildung protestiert hat. Genau von der KPÖ erware ich mir diese Unterstützung. Bitte, danke.

Vorsitzwechsel – Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Schwentner übernimmt den Vorsitz (13.13 Uhr).

**7.7 Frage 7: Anfragen an die Bürgermeisterin
(GR Mag. Winter, KFG an Bgm.ⁱⁿ Kahr, KPÖ)**

GR Winter:

Hoher Gemeinderat, werte Stadtregierung, werte Frau Bürgermeisterin. Die Frage geht an Sie, betreffend den Anfragen an Sie, die wir immer wieder an Sie richten, beziehungsweise die fristgerechte Beantwortung dieser. Ich glaube, wir sind uns alle einig, unsere Geschäftsordnung, die wir im Gemeinderat haben, stellt für uns doch den Spielregelkatalog dar, an dem wir uns alle halten sollten. Man kann über diesen Spielregelkatalog diskutieren, man kann ihn durchaus unterschiedlich auch auslegen, aber bei gewissen Paragraphen ist er doch relativ eindeutig. Unter anderem auch der § 16 Abs 2 unserer Geschäftsordnung. Da heißt es: "der Bürgermeister ist verpflichtet,

spätestens in der dritten, an der dritten der Anfrage folgenden Sitzung mündlich oder schriftlich zu antworten." Also die Frist ist klar geregelt, diesbezüglich, und es ist auch klar, dass wir eine relativ große Anzahl an Anfragen an Sie gerichtet haben, ist aber auch nicht verwunderlich, wir sind als doch junge politische Kraft daran interessiert, viele Bürgerkontakte zu haben. Wir haben viele Bürgersprechstunden und daher auch resultierend die relativ große Anzahl an Anfragen an Sie. Jetzt ist klar, dass diese Frist durchaus knapp bemessen ist. Sie ist aber doch in dem Sinne festgelegt und wir haben da großes Interesse daran, dass wir auch dementsprechende Antworten von Ihnen bekommen. Wenn die eine oder andere Antwort nicht fristgerecht eintrifft, dann werden wir da sicher Ihnen nicht böse sein. Fakt ist aber auch, das uns insgesamt jetzt 27 nicht beantwortete, beziehungsweise mangelhafte Anfragen vorliegen. Die älteste davon aus dem Jahr 2022, 22.09.2022 ist die eingereicht worden. Bis zum heutigen Tag ist keine Antwort an uns ergangen. Daher die konkrete

Frage

wie werden Sie sicherstellen, dass Anfragen an die Bürgermeisterin zukünftig nahezu fristgerecht beantwortet werden können?

Originaltext der Frage:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

Die Geschäftsordnung für den Gemeinderat gibt im §16 Abs. 2 folgendes vor: Der Bürgermeister ist verpflichtet, spätestens in der dritten der Anfrage folgenden Sitzung mündlich oder schriftlich zu antworten. Auch im Statut der Stadt Graz findet sich im §46 dieselbe Frist wider.

Beim Großteil unserer Anfragen geht es um Bürgeranliegen oder um Anfragen deren Inhalt direkt Bürger betreffen. Unbestritten ist, dass sowohl Sie, als auch die zuständigen

Abteilungen eine Vielzahl an Aufgaben zu erfüllen haben, die Frist für umfangreiche Anfragen sehr knapp bemessen ist, dennoch ist darauf zu achten, dass die Frist nicht um ein Vielfaches überschritten wird. Obwohl der Kontakt mit Ihrem Büro und der Präsidialabteilung bei Urgenzen sehr gut ist, deuten dennoch seit langem nicht beantwortete Anfragen auf die Notwendigkeit der Verbesserung des Prozesses hin.

Aus diesem Grund ergeht an Sie, sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs nachstehende

Anfrage

gem. § 16a der GO des Gemeinderates

der Landeshauptstadt Graz:

Wie werden sie sicherstellen, dass Anfragen an die Bürgermeisterin zukünftig (nahezu) fristgerecht beantwortet werden können?

Bgm.ⁱⁿ Kahr:

Danke Herr Gemeinderat Winter. Das ist auch völlig in Ordnung, dass Sie das thematisieren. Ist übrigens nicht zum ersten Mal, das war immer wieder auch in den vergangenen Perioden so. Hängt natürlich damit zusammen, und das ist ja völlig in Ordnung, dass die Gemeinderäte und Gemeinderätinnen, das ist das demokratische Mittel, Anfragen an die Abteilungen stellen, weil letztendlich regelt es die Geschäftsordnung so, dass der Bürgermeister oder die Bürgermeisterin sozusagen darauf achten sollte, dass die Einhaltung dieser Fristen eingehalten wird. Die Antworten kommen, nur zur Richtigstellung, weil wir haben ja auch Zuhörer:innen, die beantwortet nicht ich, sondern die beantworten, dankenswerterweise, die Abteilungen mit den jeweiligen Ressortzuständigen. Und ich habe mir das selber auch teilweise angeschaut. Ein Großteil betrifft wenige Abteilungen in dieser Stadt. Also insgesamt sind allein in den letzten zwei Jahren fast knapp 1.000 Anfragen nur an die Abteilungen

ergangen. Jetzt weiß ich aber auch, weil ich ja da oft rückfrage, es ist schon oft auch natürlich manchmal dem geschuldet, dass, um eine inhaltlich gute Beantwortung zu geben und das muss letztendlich das Ziel sein. Ich kann es natürlich auch oberflächlich beantworten, dann geht es immer schnell, aber wenn es genaue datenbasierte Geschichten sind, oft sehr viel Rechercharbeiten sind, dann dauert es einfach. Das ist halt das, was ich rückgemeldet bekomme und ich kann es auch gut verstehen, aber was ich wirklich weiß, und ich glaube, da stimmen Sie mit mir alle zu, dass wir echt allen Kolleg:innen da danken können, dass sie auf größte Sorgfalt in der Beantwortung Wert legen und weil das halt auch so dieser Anspruch ist in der Stadt Graz immer schon gewesen und auch nach wie vor so ist, kann es dazu führen, dass auch wirklich manchmal über die Frist hinaus länger keine Antwort möglich ist. Also eine korrekte Antwort ist, aber spätestens nach dem dritten Monat ausständig, das muss ich auch sagen, weil das auch wichtig ist, dass hier nicht ein falscher Eindruck entsteht, dass die Schriftleitung da nicht urgiert. Herr Polz urgiert ständig nach der dritten Sitzung, also von der Seite ist das völlig regelkonform. Ich werde mir aber gerne anschauen, welche 27 Anfragen das sind, geben Sie sie mir gleich mit, das ist am besten und ich muss schauen, einfach schlichtweg, wo da die Problemlage darin besteht. Wenn es nicht erfüllbar ist, aus welchem Grund auch immer, dann ist es oft wirklich auch besser, das einfach genauso zurückzumelden. Dann ist es zwar nicht zu 100% beantwortet, aber man hat eine Teilerledigung und darauf kann ich gerne nicht nur Rücksicht nehmen, sondern schauen und achten, dass das erfolgt.

GR Winter:

Zusatzfrage, erstens: ich nehme einige Dinge mit aus Ihrer Wortmeldung. Erstens, dass Sie durchaus sich bewusst sind, dass es da ein Problem gibt, dass es da ein Verbesserungspotential gibt, das auch behoben werden muss. Das nehme ich als positiven Faktor mit und ich nehme auch mit, dass man an der Problemlösung doch

wirklich arbeiten muss. Ist für mich schon auch entscheidend, weil wir haben diesen Spielregelkatalog nicht aus Jux und Tollerei. Manche Mandatare bestehen ja sehr genau auf diesen Spielregelkatalog. Und für mich als Jurist stellt sich natürlich immer die Frage, welche rechtlichen Konsequenzen kann es geben, wenn doch Spielregeln massiver, beziehungsweise eindeutiger, immer wieder überschritten werden. Daher auch die Zusatzfrage: hat die Präsidialabteilung von ihrem Kenntnisstand aus schon die rechtlichen Konsequenzen geprüft, bezüglich einer nachhaltigen, wesentlichen Nichteinhaltung von solchen Fristen.

Bgm.ⁱⁿ Kahr:

Diese Frage, noch einmal, hat sich über viele Perioden hingezogen. Das hätte immer schon geprüft werden können. Weil noch einmal, das weiß ich selber, als Gemeinderätin, oft über ein Jahr, aber das hängt oft auch in der Komplexität der Beantwortungen und wir werden uns gemeinsam überlegen, wie wir eine Rückmeldung hier erwirken können. Ich habe ja geschaut, ein Großteil sind Verkehrsthemen, die aber sehr allumfassend sind. Noch einmal, diese 27 werden wir schauen, dass wir die spätestens in den nächsten Monaten beantwortet bekommen und sei es nur in einer Zwischenerledigung, weil damit ist es endlich auch dem Regelwerk entsprochen und wir werden vielleicht halt einfach den Abteilungen sagen müssen, dass es halt dann nicht immer bis ins letzte 100% beantwortet ist, damit man die Frist auch einhalten kann. Aber noch einmal, ich weiß es nur, weil ich da selber oft rückgefragt gehabt, es liegt oft daran, dass ein sehr hoher Anspruch bei den Beschäftigten da ist, wirklich eine umfassende und auch fachlich fundierte Antwort zu geben. Und ich kenne es oft in anderen Städten, da gibt man halt irgendwie eine Antwort und das ist eigentlich ein großes Lob und Anerkennung unseren Beschäftigten auszusprechen. Danke.

Vorsitzwechsel – Bgm.ⁱⁿ Kahr übernimmt den Vorsitz (13.21 Uhr).

7.8 Frage 8: Bebauungsplan-Entwurf 05.38.0 „Hohenstauffengasse Süd-Lazarettgürtel“ Die Grundsätze der Raumordnung sind umzusetzen (GRⁱⁿ Reininghaus, NEOS an Bgm.-Stv.ⁱⁿ Mag. Schwentner, Grüne)

GRⁱⁿ Reininghaus:

Vielen lieben Dank, geschätzte Bürgermeisterin, hoher Stadtsenat, liebe Kollegen und Kolleginnen und liebe Gäste am Balkon und zuhause auf den Livestreams. Meine Frage an Vizebürgermeisterin Judith Schwentner handelt heute um den Bebauungsplan-Entwurf 05.38.0 Hohenstauffengasse Süd - Lazarettgürtel, wo ich der Meinung bin, die Grundsätze der Raumordnung sind eigentlich einzuhalten. Ich habe mich also wirklich in der letzten Zeit intensiv mit dem Erläuterungsbericht und mit den eingegangenen schriftlichen Einwendungen zum Bebauungsplan beschäftigt und natürlich auch zahlreiche Gespräche mit fachkundigen Personen geführt. Ich bin ja jetzt nicht unbedingt aus der Branche, wie Sie alle wissen und da muss man eben ja fachkundige Personen fragen, was davon zu halten ist. Bei den Absendern der Einwendungen hat es sich um einen Unternehmer, um sieben betroffene Anrainer:innen aus dem Villenbereich am südlichen Lazarettfeld, die mit Gärten und Altbaubestand ausgestattet sind sowie um ein Grazer Architekturbüro gehandelt. Alle Einwendungen kritisieren vor allem die Versiegelungspolitik, die offenbar weiter betrieben wird. Denn mit der Errichtung eines bis zu sechs Stockwerke hohen Gebäudes samt Tiefgarage direkt am Gürtel geht natürlich die Versiegelungspolitik wieder weiter. Wir rennen jedem einzelnen Baum nach in Graz, wir setzen einen Baum nach dem anderen, andererseits, in diesem Bebauungsplan gingen wieder große Grünflächen verloren und auch der gesamte Altbaubestand in diesem Villenbereich. Ich frage mich, es fragen

sich auch die Bürger und Bürgerinnen da draußen, was hat das mit der klimaorientierten Stadtentwicklung zu tun, die schon längst vom Gemeinderat beschlossen wurde. Ich erzähle Ihnen jetzt ein bisschen was, was so kritisiert wurde. Man sagt, dass sich die, im Bebauungsplan-Entwurf geplanten Baumreihen in der Wiesengasse, Falkenhofgasse und Hohenstauffengasse auf Privatgrund befänden, wodurch sich möglicherweise die Umsetzung der Baumpflanzungen, laut Bebauungsplan in der Praxis schwierig gestalten könnte. Kritisiert wird auch diese Erlaubnis, quasi, wenn ich das so unfachmännisch ausdrücken darf im Bebauungsplan, dass Balkone in den Seitengassen zwei Meter über der Baufluchtlinie vortreten, was hier eigentlich im Widerspruch zu der geplanten Baumreihe ist. Und zuletzt sei auch der Abstand von fünf Metern zur neuen Straßenfluchtlinie für Baumpflanzungen zu gering bemessen, weil alleine der geforderte Baumachsabstand schon viereinhalb Meter betrifft. Außerdem wurde als ziemlich stark mangelhaft beurteilt, dass der Bebauungsplan überall alle Bebauungsweisen zulässt, also offen, gekuppelt und geschlossen. Hier legt das Planungsamt nicht fest, wo welche Bebauungsweise zugelassen wird. Dabei hat das Amt gemäß § 41 Abs 2 steierisches Raumordnungsgesetz aus 2010 in Bebauungsplänen verpflichtend die Art der Bebauungsweisen festzulegen. Daher stelle ich gemäß § 16 A der Gemeinderatsordnung folgende

Frage

Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, aus welchen Gründen werden von den zuständigen Stellen der Stadt Graz die Grundsätze der Raumordnung im Bebauungsplan-Entwurf 05.38.0 Hohenstauffengasse Süd - Lazarettgürtel zum Teil nicht entschlossener umgesetzt?

Originaltext der Frage:

Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin Schwentner,

ich habe mich während der letzten Wochen intensiv mit dem Erläuterungsbericht (https://www.graz.at/cms/dokumente/10419307_7758896/7bf3c3a7/05.38.0_BBPL_E_RL_Auflage_pdfa_signiert.pdf) und mit den eingegangenen schriftlichen Einwendungen zum Bebauungsplan-Entwurf 05.38.0 auseinandergesetzt und zahlreiche Gespräche geführt. Bei den Absendern der Einwendungen handelt es sich um einen Unternehmer, um sieben betroffene AnrainerInnen aus dem Villenbereich am südlichen Lazarettfeld mit Gärten und Altbaumbeständen, sowie um ein Grazer Architekturbüro. Ein wichtiger Kritikpunkt ist die starke Versiegelung, die mit der Errichtung eines - bis zu 6 Stockwerke hohen Gebäudes samt Tiefgarage direkt am Gürtel - einherginge. Großflächiger Grünraum und Altbaumbestand gingen wieder verloren und es stellt sich die Frage, wie es mit der „klimaorientierten Stadtentwicklung“, wie sie längst vom Gemeinderat beschlossen wurde, vereinbar sein soll. Auch die im Bebauungsplan-Entwurf geplanten Baumreihen in der Wiesengasse, Falkenhofgasse und Hohenstauffengasse könnten schwierig umsetzbar sein, weil sie auf privaten Grundstücken stehen, und überdies steht die „Erlaubnis“, Balkone in den Seitengassen jeweils 2 Meter über der Baufluchtlinie vortreten zu lassen, im Widerspruch mit der vorgeschlagenen Baumreihe im Bebauungsplan. Zuletzt „spreizt“ sich auch der zu geringe Minimalabstand von 5 Metern zur neuen Straßenfluchtlinie mit Baumpflanzungen, weil allein der geforderte Baumachsabstand schon 4,5 Meter beträgt.

Einen groben Mangel sieht man durch den Umstand gegeben, dass der Bebauungsplan überall alle Bebauungsweisen zulässt: offen, gekuppelt und geschlossen. Hier legt das Planungsamt nicht fest, wo welche Bauweise gelten soll. Dabei hat das Amt gemäß § 41 Abs. 2 StROG-2010 in Bebauungsplänen verpflichtend, beispielsweise die maximale Gesamthöhe von Gebäuden, die Mindestabstände zu öffentlichen Verkehrsflächen, oder etwa die Art der Bebauungsweisen (offen, gekuppelt, oder geschlossen) in

Bebauungsplänen festzulegen. Daher stelle ich gemäß § 16a der Gemeinderatsordnung folgende

Frage

an Bürgermeisterin-Stellvertreterin Mag.^a Judith Schwentner:

Aus welchen Gründen werden von den zuständigen Stellen der Stadt Graz die Grundsätze der Raumordnung im Bebauungsplan- Entwurf 05.38.0 Hohenstauffengasse Süd-Lazarettgürtel zum Teil nicht entschlossener umgesetzt?

Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Schwentner:

Danke liebe Frau Gemeinderätin für die Frage und auch dafür, dass die Frage einmal aus dem anderen Gebiet, nämlich der Stadtplanung kommt. Darüber sollten wir uns ja auch öfter unterhalten. Wir nehmen genauso wie du die Einwendungen sehr ernst und auch die entsprechende Abteilung, die Stadtplanung, in dem Fall. Wir haben auch mit den Expert:innen im Stadtplanungsamt Rücksprache gehalten und ich kann Ihnen nur sagen, und werde das jetzt ausführen in Bezug auf die Kritikpunkte, die du angeführt hast, dass in dem Fall wirklich das Raumordnungsgesetz, ich sehe das wie du, dass das einzuhalten ist, nämlich voll und ganz, dass das in dem Fall wirklich den festgelegten Grundsätzen wirklich vorbildlich entspricht. Das zum einen. Die Kritik, dass die ermöglichte Bebauung zu Lasten von Grünflächen und Bestandsbäumen geht, da schreibt uns das steiermärkische Raumordnungsgesetz in seinen Grundsätzen vor, dass wir einen sparsamen und sorgsamen Umgang mit natürlichen Ressourcen, mit Boden, Wasser und Luft haben, einen sparsamen Flächenverbrauch, eine Entwicklung von Innen nach Außen und die Vermeidung von Versiegelung, und zusätzlich als Stadt Graz haben wir ja uns auferlegt, eine klimaorientierte Stadtentwicklung. Wir haben den Grünflächenfaktor verordnet, wir haben STEK, FläWi und räumliches Leitbild und all

das ist in diesem Bebauungsplan eingehalten. Entlang des Lazarettgürtels und der Hohenstauffengasse sieht nämlich der Bebauungsplan eine Verdichtung vor und die dient dazu mit höheren Gebäuden die dahinterliegenden Wohngebiete vom Lärm der Straße abzuschirmen und dieses kleinstrukturierte Wohngebiet mit geringerer Dichte erhalten zu lassen. Das heißt, es gibt sozusagen ein Mix und genauso ist es im räumlichen Leitbild vorgesehen. Der Bebauungsplan befindet sich in einem sehr urbanen Gebiet am Gürtel nahe am Einkaufszentrum, Verkehrsknoten Don Bosco und zukünftigen Straßenbahnlinie 8 und ein verdichtetes urbanes Bauen in einem bereits bebauten, infrastrukturell gut erschließbaren und erschlossenen Gebieten ist notwendig, um auf der anderen Seite wieder Grünräume zu erhalten. Nämlich nur so haben wir den Naturraum und Flächen und eben die entsprechenden wichtigen Grünflächen. Im Gegensatz dazu wollen wir ja nicht, dass noch immer mehr auf der grünen Wiese gebaut wird und wir noch mehr versiegeln und zubauen. Und deswegen ist es wichtig, dass wir in manchen Bereichen dicht bauen, aber eben dort, sozusagen in dem Verhältnis, und in dieser Unterschiedlichkeit, was den Bebauungsplan angeht. Zum zweiten Punkt: die Verbauungsweisen, also das geht darauf jetzt unmittelbar über diese Frage. Auch das entspricht den gesetzlichen Bestimmungen. Das ist nämlich festzuhalten, dass jeder Bebauungsplan gemäß dem Raumordnungsgesetz eine Aussage zur Bauweise enthalten muss und manchmal ist es eben zweckmäßig, wie in diesem Fall, mehrere Bauweisen zuzulassen, eben genau um diesen Vorgaben zu entsprechen. Und so ist es aufgrund der unterschiedlichen Bestandsgebäude und Grundstückszuschnitte gibt es dort baurechtliche Zwänge, die eine gewisse Flexibilität notwendig machen. Zu den Baumreihen: auch das haben wir uns angeschaut, weil mir ist nichts wichtiger, als dass Bäume gesetzt werden können und die dann dort, wo sie gesetzt werden auch überleben. Bebauungspläne machen ja Vorschriften auch für die Bautätigkeit eben auf privaten Liegenschaften und deswegen schreiben wir ja auch Baumbepflanzungen vor. Die werden ja nicht alle zugleich bebaut, sondern nach und nach. Deswegen erfolgen

auch Baumpflanzungen nach und nach und die Abstände, die du ansprichst zwischen den Gebäuden und Bäumen, entsprechen den Freiraum planerischen Standards der Stadt Graz und sind auch mit unserer Grünraumabteilung, also von Stadtplanung und Grünraumabteilung abgestimmt.

GRⁱⁿ Reininghaus:

Das ist also ein bebauungskonformer Bebauungsplan, also ein Raumordnungskonformer Bebauungsplan? Habe ich das jetzt richtig zusammengefasst?

Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Schwentner:

Also das ist ein, der Raumordnung wirklich vorbildlich entsprechender Bebauungsplanung.

Ende Fragestunde: 13.33 Uhr.